

Offener Brief an Bundesfinanzminister Christian Lindner

Keine Profite auf Kosten der Ärmsten! Private Gläubiger jetzt per Gesetz in die Pflicht nehmen!

Düsseldorf, den 29.10.2024

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister Lindner,

die Schuldenkrise in Ländern des Globalen Südens hat sich dramatisch verschärft. Erdrückende Zahlungsverpflichtungen an ausländische Gläubiger verhindern dringend notwendige Investitionen in soziale und ökologische Bereiche. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung rücken damit in immer weitere Ferne.

Ihre Bundesregierung hat dieses Problem erkannt: Im **Koalitionsvertrag** haben Sie sich dazu verpflichtet, die **Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens** zu unterstützen, das alle Gläubiger einbezieht. Auch im Kreise der G7 im Mai 2023 haben Sie explizit anerkannt, dass die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 unmittelbar mit der Lösung der Schuldenkrise verbunden ist. Doch entscheidende Schritte bleiben bis heute aus.

Ein zentrales Problem ist, dass private Gläubiger wie BlackRock & Co. sich nur unzureichend an Schuldenerleichterungen beteiligen – obwohl sie rund 60 Prozent der Forderungen gegenüber Ländern des Globalen Südens halten.

Zum Beispiel Sri Lanka: Das südasiatische Land, das derzeit eine seiner größten Wirtschaftskrisen erlebt, wurde von der Hamilton Reserve Bank auf die volle Rückzahlung ihrer Forderungen samt Straf- und Verzugszinsen verklagt. Weil auch andere Privatgläubiger keine Verluste hinnehmen wollen, werden die Menschen in Sri Lanka und öffentliche Gläubiger wie Deutschland zur Kasse gebeten.

Zum Beispiel Ukraine: Das durch den Krieg sowieso schon schwer belastete Land muss seinen privaten Gläubigern bis 2027 mehr als eine Milliarde US-Dollar an Zinsen zahlen – obwohl das Land gerade keinen Cent übrig hat. Ein beachtlicher Teil der internationalen Unterstützung fließt somit nicht in die Wirtschaft und den Wiederaufbau der Ukraine, sondern in die Taschen unkooperativer privater Gläubiger.

Eine **Lösung** für dieses Problem wäre, in Staaten des Globalen Nordens Gesetze zu verabschieden, die eine ausreichende Beteiligung privater Gläubiger an Schuldenrestrukturierungen erzwingen. **In Deutschland wäre das ein sogenanntes „Safe-Harbor-Gesetz“.** Ein solches Gesetz würde den Betrag, den private Gläubiger in Deutschland einklagen und vollstrecken können, auf den Umfang beschränken, der in internationalen Verhandlungen vereinbart wurde. **Dies würde auch die internationale Finanzarchitektur fairer und verlässlicher gestalten.**

Die gute Nachricht ist: Ein solches Gesetz ist realisierbar und könnte noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Die Grundlage dafür ist bereits gelegt. Das deutsche Entschuldungsbündnis erlassjahr.de hat vor zwei Jahren eine detaillierte Analyse vorgelegt, die wesentliche Elemente für ein solches Gesetz skizziert. Rechtswissenschaftler*innen haben konkrete Gesetzesentwürfe erarbeitet. Auch eine kürzlich von der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) veröffentlichte **Studie unterstreicht, dass die Verabschiedung eines solchen Gesetzes in Deutschland ein effektives Mittel ist, um private Gläubiger in die Pflicht zu nehmen.**

Durch die Verabschiedung eines solchen Gesetzes würde Ihre Regierung nicht nur der Selbstverpflichtung aus dem Koalitionsauftrag nachkommen. **Sie würde auch ein starkes Zeichen für globale Gerechtigkeit und für die Verantwortung Deutschlands in der Welt setzen!**

Daher fordern wir Sie heute auf: Handeln Sie jetzt!

→ Legen Sie bis Ende des Jahres einen Gesetzesentwurf für ein Safe-Harbor-Gesetz vor!

→ Verabschieden Sie das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode!

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um eine Rückmeldung

- erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V., Düsseldorf (Initiator)
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Bonn
- Arbeitskreis Eine Welt/REL, Dortmund-Aplerbeck
- Arbeitskreis für Entwicklungspolitik und Selbstbesteuerung e. V., München
- Arbeitsstelle Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens; Leipzig
- Attac Regionalgruppe Aalen, Aalen
- Brasilienkreis St. Heinrich Marl, Marl
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend DV Speyer, Bistum Speyer
- Campo Limpo, Solidarität mit Brasilien e.V.; Puchheim
- Christians 4 Future Deutschland, bundesweit
- Dillinger Franziskanerinnen, Deutsche Provinz; Dillingen a. d. Donau
- Diözese Rottenburg-Stuttgart, Hauptabteilung Weltkirche; Rottenburg am Neckar
- Dritte Welt e. V. Dingolfing, Dingolfing
- Eine-Welt-Forum Münster e. V., Münster
- Eine Welt Kreis Salzkotten e. V., Salzkotten
- Eine Welt Kreis Sölde, Dortmund
- EWIM (Eine-Welt-Initiative im Landkreis Mühldorf), Waldkraiburg
- Eine Welt Laden el mundo, Schorndorf
- Eine Welt Laden Mönchengladbach e. V., Mönchengladbach
- Eine Welt Netz NRW e. V., Münster/Düsseldorf
- Eine Welt Partnerschaft Bad Wimpfen, Bad Wimpfen
- Erneuerbare Energien Eichlinghofen.de, Eichlinghofen

- Evangelisch-Lutherisches Missionswerk Leipzig e. V., Leipzig
- Extinction Rebellion Bonn, Bonn
- Frauen wagen Frieden, Kaiserslautern
- Freundeskreis Las Torres in Mülheim (Ruhr) e. V., Mülheim a. d. Ruhr
- Generalat der Dillinger Franziskanerinnen, Dillingen a. d. Donau
- Ghana Freundeskreis e. V., Hannover
- Hochschulseelsorge-Hof, Hof
- Informationsstelle Peru e. V., Freiburg
- Intern. Bewegung Christlicher Frauen, GRAL; Mülheim a. d. Ruhr
- KAB Limburg, Frankfurt am Main
- Kairos Europa e. V., Heidelberg
- Katholisches Dekanat Rottenburg, Rottenburg
- KED Ev. Landeskirche in Baden, Karlsruhe
- Kirchlicher Entwicklungsdienst (KED) der ev.-luth. Landeskirchen in Braunschweig und Hannovers, Hannover
- Kolpingwerk Diözesanverband Limburg, Geschäftsstelle Frankfurt
- Koordinierungskreis Mosambik e. V., Bielefeld
- Lebenshaus Schwäbische Alb e. V., Gammertingen
- Lothar-Kreyssig Ökumenezentrum der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland, Magdeburg
- Micha Lokalgruppe Karlsruhe, Karlsruhe
- Netzwerk Afrika Deutschland, Köln
- Netzwerk Frankfurter Eine-Welt-Gruppen, Frankfurt
- Offener Wirtschaftsverband von kleinen und mittleren Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen (OWUS) e.V., Berlin
- Ökumenischer Friedenskreis Köln-Pesch, Köln
- Ökumenisches Zentrum Oldenburg e. V., Oldenburg
- Partnerschaftsverein Kreis Groß-Gerau – Masatepe/Nicaragua e. V., Groß-Gerau
- Pax Christi, Diözesanverband Speyer; Speyer
- Pax Christi Gruppe, Landshut
- Pax Christi Idstein, Idstein
- Perukreis St. Jakobus Mannheim, Mannheim
- Romero Initiative (CIR), Münster
- Schwestern- und Brüderschaft des Evangelischen Johannesstifts e. V., Berlin
- SocDevJustice, Malente
- Solidaritätsdienst International, Berlin
- SRI, Berlin
- St. Vinzenz-Verein Kitzingen e. V., Kitzingen
- Ukama Zentrum für Sozial-Ökologische Transformation, Nürnberg
- VEM, Wuppertal
- VEM Regionaler Dienst, Siegburg
- Vorsehungsschwestern, Münster, Gremium: Gerechtigkeit, Frieden, Solidarität; Münster
- WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, Berlin
- Weigle-Haus Gemeinde, Essen
- Welthaus Bielefeld e. V., Bielefeld
- Weltladen Freudenstadt, Freudenstadt
- Weltladen St. Georg, Bensheim
- Weltladentreff Lüdenscheid, Lüdenscheid